



Oskar Weggel

Methodik der China-Forschung

– Teil 5 (I) –

Begriffe und Reizthemen

– Ein methodenbezogener Streifzug
durch die Klippen des politischen
Vokabulars –

Gliederung

- 5.1 Schaffung neuer oder Hinterfragung alter Begriffe?
5.2 „Bilder einer Ausstellung ...“

Die vorliegende Untersuchung über die Methodik der Chinaforschung hat sich in Teil 1 (C.a., 1999/7, S.686-696, und 1999/8, S.803-811) mit Fragen des makroanalytischen Einstiegs und in den Teilen 2 (C.a., 1999/9, S.921-937) und 3 (C.a., 1999/11, S.1169-1175) mit den Subjekten des politischen Gestaltungsprozesses befasst. Teil 4 widmete sich dann den Funktionselementen des politischen Systems, wobei die Doppelfrage im Vordergrund stand, wie es möglich war, dass erstens das Reich der Mitte einen wahren Weltrekord an Überlebensfähigkeit aufstellen konnte, und ob, zweitens, sein Nachfolger, die VRCh, in der Lage ist, diesen Rekord fortzusetzen. Dabei wurden insgesamt 15 maßgebende „Funktionen“ ermittelt mit deren Hilfe das Hauptziel des politischen Systems, nämlich die Bestandserhaltung, viele Jahrhunderte lang erfolgreich hat durchgehalten werden können.

Abschnitt 4/I (C.a., 2000/3, S.292-307) widmete sich hierbei den drei Hauptintegrationsfaktoren und den drei Hauptverfahrensweisen, Abschnitt 4/II (C.a., 2000/4, S.402-409) den drei Hauptgestaltungsmodalitäten, Abschnitt 4/III (C.a., 2000/5, S.527-544) den drei Hauptorganisationsmodalitäten und Abschnitt 4/IV (C.a., 2000/6, S.654-670) den drei Hauptorientierungen.

Bemerkenswerterweise sind die meisten dieser „Funktionen“ auch in der VRCh nach wie vor intakt.

In Teil 5 soll nun auf terminologische Fragestellungen eingegangen werden.

5.1 Schaffung neuer oder Hinterfragung alter Begriffe?

Bei der Übertragung westlicher Vorstellungen und Begriffe auf die VR China pflegt schnell die Bodenhaftung verloren zu gehen. Vor allem bei politischen Begriffen ist dies der Fall – und hier wiederum besonders bei Formeln, die sich im europäischen Kontext entwickelt haben, insbe-

sondere vor dem Hintergrund einer mehrhundertjährigen Auseinandersetzung zwischen Absolutismus und einem immer selbstbewusster gewordenen Bürgertum: Man denke an Termini wie „Zivilgesellschaft“, „Öffentlichkeit“, „Föderalismus“, „Menschenrechte“ und „Demokratie“, die alle ein typisch westliches Profil aufweisen, weil sie durchwegs vom Axiom der Autonomie des Individuums, vom Dualismus zwischen Staat und Gesellschaft (→ Identitätslehre) sowie von dem Wunsch nach Absicherung des Individuums gegenüber staatlicher Willkür mit Hilfe kalkulierbarer Rechtsnormen und Institutionen mitgeprägt sind.

- Die Vorstellung von einer „Zivilgesellschaft“ hat sich beispielsweise als eine Art Gegenmodell zu Versuchen herausentwickelt, die Menschen „absolutistisch“ (18. Jahrhundert) oder aber im Wege der Totalpolitisierung (20. Jahrhundert) zu vereinnahmen. Wo der Begriff auftaucht, stellen sich beim westlichen Beobachter augenblicklich Assoziationen an eine kritische Gegensphäre ein, in der die Bürger sich frei zusammenschließen und in der sie ihre Interessen gegenüber dem Staat und gegenüber anderen manipulationsfähigen Mächten bündeln können.

- Auch der Ausdruck „Öffentlichkeit“ ist mit emanzipatorischen Vorstellungen aufgeladen: So lässt sich das Demokratisierungsniveau einer Gesellschaft beispielsweise nach dem Maß bestimmen, in dem sich eine kritische Öffentlichkeit gegen manipulierte Publizität durchsetzen kann.

- Der Begriff „Föderalismus“ umschreibt ein Verhältnis zwischen Gliedeinheiten und Zentralstaat, bei dem die Glieder weitgehend autonom bleiben. Parallelen zur „Zivilgesellschaft“ liegen auf der Hand: Was dort die abgegrenzte Gesellschaftssphäre gegenüber dem Staat ist, sind hier die anerkannten Einzelzuständigkeiten der Länder gegenüber der Zentrale.

- „Menschenrechte“ gelten – wiederum westlichem Verständnis zufolge – als subjektive Rechte des Individuums gegenüber dem Staat auf Persönlichkeitsentfaltung in Belangen wie Meinungsäußerung, Religionszugehörigkeit, Vereinsbildung, Freizügigkeit oder Intimsphäre. Legitimationshintergrund ist hierbei stets die Menschenwürde, die religiös mit der Seele des Gotteskindes sowie mit der (christlich interpretierten) Gottesebenbildlichkeit, philosophisch aber mit der Unteilbarkeit sowie mit der von keinem nicht menschlichen Wesen geteilten Fähigkeit begründet wird, sich eine über den unmittelbaren Lebenszweck hinausgehende sittliche Ordnung zu schaffen und sich dieser Ordnung freiwillig zu unterwerfen.

- „Demokratie“ schließlich ist die Herrschaft der Mehrheit individueller Staatsbürger über die jeweilige Minderheit – ein westliches Axiom, das von der Prämisse begleitet ist, dass Meinungsbildungsprozesse angesichts pluralistischer Einstellungen unvermeidlich von Streit und Disharmonien begleitet sind, wobei allerdings Spielregeln der Fairness eingehalten werden müssen.

An zusätzlichen „demokratischen Universalien“ werden der Schutz der Menschenrechte und der „Machtwechsel ohne Blutvergießen“ (Popper) genannt, um hier nur einige Beispiele zu nennen.

All diese Begriffe liegen Lichtjahre von der chinesischen Vorstellungswelt entfernt. Kein Wunder, dass viele europäische Ansätze hier ins Leere stoßen. Ein westlicher

Beobachter, der für China z.B. den raschen Aufbau einer „Zivilgesellschaft“ oder die Herstellung von „Öffentlichkeit“ anmahnte, müsste sich fragen lassen, wie er dies ohne ein „real existierendes Bürgertum“ bewerkstelligen will. Wer ferner „Korruption“ a priori für einen Krebschaden im Entwicklungsprozess hält, befindet sich zwar in Übereinstimmung mit der offiziellen Diktion, muss sich aber daran erinnern lassen, dass es im vorjuristischen Raum Netzwerke und Verwandtschaften gibt, die gerade im chinesischen Kontext zahlreiche Verhaltensweisen determinieren, die dem Buchstaben des Gesetzes zuwider laufen. Wer schließlich den Zerfall der Großfamilie bei gleichzeitiger Individualisierung für eine Modernisierungsvoraussetzung hält, dürfte sich schnell mit den Einwänden konfrontiert sehen, dass Familien und Netzwerke oft als die einzigen Bastionen sozialer Fürsorge und sozialen Halts gelten, die den Mahlstrom der Entwicklung überdauert haben.

So weit mit der Verpflanzung westlicher Reizthemen auf das chinesische Umfeld lediglich der Zweck verfolgt werden soll, das begriffliche Instrumentarium zu schärfen und den Biss politikwissenschaftlicher Begriffe vor dem Hintergrund einer ganz anders gearteten Kultur zu erproben, mag der Transfer durchaus sinnvoll sein, keinesfalls jedoch, wenn es den Diskutanten ernsthaft darum gehen sollte, China selbst zu begreifen oder es für andere verstehbar werden zu lassen.

Da es bei der Übertragung westlicher Begriffe auf den chinesischen Kontext nur selten um Terminologie, desto häufiger aber um handfeste Erkenntnisse über China geht, erscheint es ratsam, entweder von vornherein andere Begriffe zu verwenden, also Termini, die besser in den dortigen Kontext passen, oder aber die westlichen Begriffe mit Hilfe chinesischer Vorstellungen zu hinterfragen und die dabei zu Tage tretenden Unterschiede ans Licht zu bringen:

Methode A liefe auf die Hervorbringung einer Ersatzterminologie hinaus, die nicht durch westliche Denkschemata verstellt, die also genügend neutral wäre, um den Besonderheiten des chinesischen Umfelds gerecht zu werden. Für „Zivilgesellschaft“ ließe sich dann z.B. der Terminus „Zellulargesellschaft“, für „Öffentlichkeit“ der Begriff „Transparenz“, für „Föderalismus“ der Ausdruck „Steuerung von regionaler Selbststeuerung“ und für „Recht“ der abschwächende Begriff erhöhter „Berechenbarkeit“ verwenden.

Methode B liefe darauf hinaus, die „besondere Einfärbung“ (*te se* [1]) chinesischer Vorstellungen zu erläutern, also den westlichen Begriff zwar weiterhin zu verwenden, ihn aber zu relativieren.

Im nachfolgenden Politglossar sollen insgesamt 30 Begriffe unter die Lupe genommen werden. Nicht zu diesen 40 Begriffen gehören Stichwörter, die lediglich Querverweise liefern: Einige der Begriffe sind – entsprechend der Methode A – auf China zugeschnittene Neuprägungen (z.B. Analogismus, *danwei*, Impansionismus, Identitätslehre, Konsultation, Korporatismus, Neoautoritarismus, Selbstverwaltungssystem, Zellularität), die Mehrheit aber umfasst westliche Termini, die auf ihre Nicht- oder eingeschränkte Verwendbarkeit im chinesischen Kontext untersucht werden sollen (Methode B).

5.2

„Bilder einer Ausstellung ...“

ALTERNATIV(BEWEGUNGEN)

Alternativbewegungen sind ein Phänomen, das der chinesischen Kultur a priori gegen den Strich geht, sieht man einmal von utopischen Gegenentwürfen ab, die ohne unmittelbare politische Auswirkungen sind und die überdies Ideale transportieren, die dem allgemein akzeptierten Weltbild entsprechen – man denke an das „Buch von der Großen Gemeinschaft“ (*Datongshu*) des Kang Youwei (1858-1927), das als eine der letzten konfuzianischen Großutopien veröffentlicht worden ist, und zwar nur wenige Jahre vor dem Untergang des Chinas der Kaiser.

Auch Darstellungen marxistischer Utopien, die eigentlich schnell zur Entzauberung aktueller „Errungenschaften“ führen könnten, pflegen in der volksrepublikanischen Diskussion nicht etwa missbilligt, sondern sogar mit Beifall bedacht zu werden.

Was sich hingegen mit dem Grundverständnis des politischen China prinzipiell nicht vereinbaren lässt, sind, um hier nur Beispiele zu nennen, Sub- und Gegenkulturen (i.S. alternativer Lebensstile), sind „rebellische“ Jugendbewegungen, sind Vereine zum „Schutz der Bürgerrechte“, sind antiautoritäre Studentenbewegungen oder Ökologiekampagnen, die z.B. staatlich geplanten Projekten in die Parade fahren könnten, von Sekten ganz zu schweigen, denen bereits in kaiserlicher Zeit regierungsfeindliche Motive unterstellt wurden und die auch heute nicht besser dastehen – man denke an die zahlreichen christlichen und buddhistischen „Untergrundkirchen“, nicht zuletzt an die Falun Gong, die seit April 1999 Schlagzeilen macht.

Anhand der Falun Gong lassen sich viele Einzelheiten der apodiktischen Einstellung des Establishments gegenüber „Geheimgesellschaften“ und religiösen Gruppen verdeutlichen.

Logen (*huitang* [2]) und Bruderschaften (*banghui* [3]) gibt es in China seit Jahrhunderten. Zum Prototyp hat sich hier die „Vereinigung der Drei Harmonien“ (*san he hui* [4]) entwickelt, die im Westen unter Bezeichnungen wie „Triaden“ oder „Gelbe Mafia“ bekannt geworden und die zumeist im Süden Chinas sowie in zahlreichen Auslandschinesengemeinden aktiv ist. Im Norden andererseits trat seit dem 11. Jahrhundert die „Weiße Lotus-Sekte“ (*bai lian hui* [5]) in Erscheinung, die sich zunächst im Kampf gegen die Mongolenherrschaft bewährte, dann allerdings vom Mandarinat zunehmend als Autoritätskonkurrenz empfunden und schließlich mit allen Mitteln – bis hin zur Todesstrafe – verfolgt wurde.¹

Drei Eigenschaften der Sekten erschienen dem Mandarinat besonders unheimlich, nämlich ihre andersartige Organisationsweise, ihre Heterodoxie und ihr oft explosives Wachstum.

- Als Gegenorganisationen waren die Bruderschaften den misstrauischen Behörden vor allem deshalb so suspekt, weil sie sich jenem dreifachen Hierarchiegefälle widersetzen, das für die rangbewusste chinesische Gesellschaft nun einmal lebenswichtig erschien, nämlich der Un-

¹ Einzelheiten zur Weißen Lotus-Sekte in: C.a., 1999/4, S.371f.

gleichheit von Alt und Jung, von Mann und Frau sowie von Führung und Basis. So wurde beispielsweise das offizielle Vater/Sohn- und das Fürsten/Minister-Verhältnis von den Sekten durch ein Bruder/Bruder-Verhältnis ersetzt. An die Stelle der biologischen Verwandtschaft trat die mystische, durch Treueschwüre besiegelte Verbindung, an Stelle der Priorität des Alters nicht selten die Jugend. Im Widerspruch zur offiziellen konfuzianischen Auffassung konnten ferner auch Frauen in einer Geheimgesellschaft Führungsrollen übernehmen – eine ungeheuerliche Blasphemie aus mandarinärer Sicht!²

- Außerdem galten die Sekten als Vertreter von Häresien (*xiejiao* [6]), die der konfuzianischen Apologie grundlegend widersprachen, zumal bei ihnen der Glaube an eine bessere *Zukunft* zum Ausgangspunkt ketzerischer Vergleiche mit dem Elend der Gegenwart oder dem vergangenheitsorientierten Staatsethos der Konfuzianer wurde.

- Als unheimlich (und staatsgefährdend) galt schließlich noch das oft unerklärliche Wachstum der Anhängerschaft, das in Krisenzeiten schnell Millionendimensionen annehmen konnte. Bezeichnenderweise werden auch der erst 1992 ins Leben gerufenen Falun Gong nicht weniger als rund 60 Mio. Anhänger nachgesagt, von denen die meisten aus dem Milieu jener rund 2.400 Qigong-Schulen stammen, auf deren Lehrplan das Fach autogenes Training zu stehen pflegt und die in der Tradition buddhistischer Kampfsportarten stehen.³

Da die Staatslehren Chinas nahezu uneingeschränkt von (→) Konformismus-Erwartungen ausgehen (Konfuzianismus in verschiedenen Ausprägungen, aber auch Maoismus und Reformkommunismus), sind Alternativbewegungen auf Kollision mit der staatlichen Gewalt gleichsam abonniert.

Siehe auch: → *Analogismus*, → *Bürgertum*, → *Demokratie*, → *Identitätslehre*, → *Konformismus*, → *Opposition*, → *Pluralismus*, → *Zivilgesellschaft*

ANALOGISMUS

Grundbegriff für das überkommene Postulat, demzufolge gesellschaftliche und politische Untergliederungen, bei aller Selbstständigkeit, die ihnen belassen wird, nie Eigengesetzlichkeit annehmen dürfen, sondern sich stets dem gesellschaftlichen Gebot der Isomorphie zu beugen, also „auf gleicher Wellenlänge“ wie das übergeordnete Ganze zu schwingen haben. Nur wenn auch beim letzten Ableger – und bei der letzten *danwei* – noch die Anatomie des Ganzen nachvollzogen und wenn die allgemeinen Spielregeln auch dort, im Kleinen, wiederholt werden, lässt es sich nach weit verbreiteter Überzeugung verhindern, dass die Gesellschaft sich „pluralistisch“ verzettelt – und in „Anarchie“ verfällt.

Einzelheiten zum „pyramidalen“ und zum Normen-Analogismus siehe in Teil 4.2.1.3 dieser Serie.⁴

Isomorphie statt Individualisierung lautet die Parole!

Normenanalogue statt Regelpluralismus gehört, neben „Erziehung statt Rechtsbindung“ und „Zen-

tralismus statt föderativer Einbindung“, mit zu den ungeschriebenen „drei Hauptintegrationsfaktoren“.⁵

Siehe auch: → *danwei*, → *Föderalismus*, → *Identitätslehre*, → *Konformismus*, → *Konsultation*, → *Korporatismus*, → *Netzwerke*, → *Ordnung*

AUSSENPOLITIK

Wer chinesische Außenpolitik verstehen will, tut gut daran, auch jene historischen Vorgaben mitzubedenken, die in drei Erinnerungsschichten (Kaiserzeit, „Jahrhundert der Demütigung“, Republik China) aufbewahrt sind und die nach wie vor determinierend wirken.

Der Inhalt der ältesten dieser drei Traditionen lässt sich mit einer 5:4:3-Formel umreißen:

Bemerkenswerterweise war das traditionelle China ein Reich, dem „Außenpolitik“ als eigenständiges Handlungsfeld unbekannt war. Daraus ergaben sich fünf Konsequenzen – in Stichworten: (1) keine Außenorgane, keine „Diplomatie“ und kein Völkerrecht, (2) keine festen Außengrenzen, (3) keine als solche formulierten „nationalen Interessen“, (4) Belehrung statt Diplomatie und (5) Personalisierung des „Außenverhaltens“.⁶ Ungeachtet dieses gleich fünffach belegten Negativbestands lassen sich vier Residualelemente ermitteln, die sich in ihrer Gesamtheit als Komponenten einer „Quasi-Außenpolitik“ bezeichnen ließen, nämlich (1) die Doktrin der Mitte (*zhongguo*), (2) die Vorstellung von einer familiären Ordnung zwischen den Völkern, die sich im Tributsystem niedergeschlagen hat, ferner (3) ein Drang zum „Impansionismus“ und (4) ein „Primat der Politik“, dem wirtschaftliche Erwägungen (i.S. beispielsweise des modernen „Kolonialismus“) weitgehend fremd waren.⁷ Mit „Impansionismus“ ist ein Verhalten gemeint, das, anders als Expansionismus, nicht auf die Besetzung von Territorien, sondern „von Gehirnen“ abstellt, und das daher stets pädagogisch untermauert war, sei es nun, dass „Tribut-Beziehungen“ aufgebaut oder dass „Erziehungsfeldzüge“ geführt wurden. Der „Impansionist“ will nicht das Territorium, sondern den Respekt – und das Ohr – seiner Bewohner.⁸

Nicht zu vergessen schließlich jene drei Hauptleitmotive, die aus der Innenpolitik direkt ins „Außen“-Verhalten hinüberwirkten, nämlich (1) Ordnungsversessenheit, (2) Defensivgesinnung und (3) Landgebundenheit. Die Ordnungsversessenheit entstammte dem urkonfuzianischen Stabilitätscredo, die Defensivhaltung symbolisierte sich vor allem in der Omnipräsenz von Mauern und die Landgebundenheit lief auf eine Art antimaritimes Glaubensbekenntnis hinaus.⁹

Erinnerungsschicht Nr. 2 umfasst drei Grundhaltungen, in denen sich die Demütigung des Reichs der Mitte in den 100 Jahren zwischen 1841 und 1949 spiegelt und die sich in den drei Grundbegriffen Souveränität, Gleichberechtigung und Antihegemonismus reflektieren. Hauptkonsequenz aus den schmerzhaften Erfahrungen vor allem des späten 19. Jahrhunderts ist nach wie vor das Verlangen nach „Unabhängigkeit und Souveränität“ (*duli*

² Einzelheiten dazu in: Weggel, Oskar, *Chinesische Rechtsgeschichte*, Leiden, Köln 1980, S.125-128.

³ Dazu C.a., 1999/4, S.369-377.

⁴ C.a., 2000/3, S.295.

⁵ Näheres dazu siehe Teil 4.2.1 in: C.a., 2000/3, S.292-295.

⁶ Einzelheiten dazu in: C.a., 1998/5, S.504-508.

⁷ Ausführlich dazu ebd., S.508-519.

⁸ Ebd., S.512f.

⁹ Dazu ebd., S.519-523.

he *zhuquan* [7]), wobei der Souveränitätsbegriff nicht auf chinesischem Boden gewachsen ist, sondern als Neuentdeckung gelten darf, die vom Westen übernommen wurde. Das Verlangen nach Gleichberechtigung hat nichts mit weltumspannender Egalisierung und mit Verzicht auf Hierarchisierung zu tun, sondern war ein Verlangen, Anschluss an die führenden – und damals noch kolonial eingestellten – Nationen zu gewinnen. Der „Antihegemonismus“ (*baquanzhuyi* [8]) schließlich ist ein Ausdruck elementarer Abneigung gegen alles, was den Verdacht von „Supermächts“- (*chaoji daguo* [9])-Ambitionen aufkommen lässt. Paradoxerweise richtete sich dieser Begriff in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts vor allem gegen die damalige Sowjetunion.¹⁰

Was die dritte Erinnerungsschicht anbelangt, die sich auf die 38 Jahre der „Republik China“ (1912-1949) bezieht, so ist in ihr vor allem die Mahnung zur beharrlichen Suche nach Gleichgewichtigkeit abgelagert. Strukturelle Balance („Feinde gegen Feinde ausspielen“) gehörte zwar seit Jahrhunderten zu den Leitmotiven chinesischer Politik, wurde aber durch die traumatischen Erfahrungen während der „Republik China“ nochmals ganz besonders nachhaltig ins Gedächtnis zurückgerufen: Waren die Jahre der Republik doch von ganz besonders schrillen Kurswechseln begleitet gewesen: Während Nanjing (die damalige Hauptstadt) zuerst mit der UdSSR und dann, seit Ende der 20er Jahre, mit den USA zusammengearbeitet, also einen scharfen Schwenk vom „sozialistischen“ hin zum „kapitalistischen“ Lager vollzogen hatte, waren die Kommunisten fast gleichzeitig auf Gegen-(also Moskau)-Kurs gegangen und hatten sich, ungeachtet vieler Enttäuschungen, schließlich ganz „nach einer Seite“ (*yi bian dao* [10]), nämlich zur Sowjetunion, hin „gelehnt“ – ein Verhalten, das Ende der 50er Jahre bereut und schließlich durch eine bis zum Exzess betriebene Feindschaft gegenüber der UdSSR kompensiert wurde.

Seit dieser Zeit setzte die Suche nach einem tragfähigen Verhältnis gegenüber den drei Hauptbezugs-Polen Washington, Moskau und Tokio ein. Nach zwei „Fehlstarts“, nämlich der „Zwischenzonentheorie“ von 1965 und der „Drei-Welten-Theorie“ von 1974, pendelten sich die Gleichgewichtsbestrebungen Beijings schließlich auf ein „Multipolarisierungs“-Modell (*duojihua* [11]) ein.¹¹

Angesichts all dieser Vorgaben, die mühsam abgearbeitet sein wollten, war es kein Wunder, dass sich eine den neuen Bedingungen angemessene „Außenpolitik“ erst in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts herausbilden konnte. Nach Ausrufung der Volksrepublik im Jahre 1949 hatte Beijing zunächst fünf einander teilweise scharf widersprechende Zielsetzungen verfolgt, die dem teilweise schnellen Wandel des Selbstverständnisses angepasst waren und dafür sorgten, dass Außenpolitik jahrzehntelang eine Baustelle blieb. In den ersten Jahren nach ihrer Ausrufung hing die VRCh explizit „sozialistischen“ Visionen (1) nach. Später traten (2) nationale Zielsetzungen (Sicherheit, Wiedervereinigung, Grenzstreitigkeiten, Schutz der *huaren*) in den Vordergrund, die im Zuge des sino-sowjetischen Konflikts vor allem nach 1968 durch (3) antihegemonistische und, nach Beginn der Reformen (1978),

durch (4) „Modernisierungs“-Ziele überlagert wurden. Je stärker die VR China im Zuge der Reformen wieder ihr Gewicht zurückerlangen konnte, umso nachdrücklicher begann sie schließlich auch noch (5) alte Autoritätsansprüche hervorzuheben – vor allem gegenüber den „Tributbringern“ von einst, nämlich Vietnam und Korea.¹²

Und die Zukunft?

Das Hauptproblem chinesischer Außenpolitik dürfte im 21. Jahrhundert vor allem darin bestehen, einen Ausgleich zwischen traditionellen Determinanten und modernen Anforderungen zu finden. Zu befürchten sind hierbei Spannungen zwischen Personal- und Sachorientierung, zwischen Impansionismus und Expansionismus, zwischen Hierarchie und Gleichheit sowie zwischen Informalität und offiziellem Gestus, wobei sich die jeweils ersteren Alternativen dieser Viererreihe langfristig durchsetzen dürften, und zwar in *dem* Maße, als China wieder zu sich selbst findet.

Wie könnte eine Synthese zwischen Alt und Neu am Ende aussehen – und welche Konsequenzen ergäben sich daraus für ein methodisch adäquates Herangehen an Fragen der chinesischen Außenpolitik?

Zwar hat Beijing einsehen müssen, dass Außenpolitik als Aktionsfeld *sui generis* längst unverzichtbar geworden und dass mit dieser Einsicht auch die Möglichkeit verschwunden ist, zur jahrhundertealten Tradition eines Agierens ohne formelle Außenbeziehungen zurückzukehren.

Doch bleibt dieses neue Gebot nicht uneingeschränkt fortbestehen. Sollte nämlich Außenpolitik im Zeichen der *quanqihua* [12], also der „Globalisierung“, eines Tages zur Weltinnenpolitik werden, so wäre dies eine späte Bestätigung der alten chinesischen Vorstellungen von einer Einheit zwischen Innen- und Außenpolitik.

Um zu einer solchen einstweilen noch fernen Weltinnenpolitik Geburtshilfe zu leisten, dürfte China daran interessiert sein, an einer Entschärfung der gegenwärtigen Konflikte mitzuarbeiten, wobei – wieder einmal – das uralte konfuzianische Doppelvermächtnis von *guanxi*- und Vertrauensbildung zur Wirkung kommen könnte.

Schritt Nr. 1 auf diesem langen Weg wäre die Herstellung von weltumspannenden Ausgleichsmechanismen – ein Ziel, das nach heutigen Beijinger Vorstellungen am ehesten durch „Multipolarisierung“ und durch die Herausbildung von „Polen“ (*ji* [13]) zu erreichen ist. Unter „Polen“ sind Kraftfelder zu verstehen, die in ihrem Umfeld ganze Bereiche der Wirtschaft, der Politik, des Militärs, der Wissenschaft und der Kultur in ihren Bann ziehen und sie wie Eisenspäne auf ein Magnetfeld reagieren lassen. Allgemein gesprochen sind, Beijinger Auffassung zufolge, gegenwärtig fünf solche Pole (USA, Russland, EU, Japan und China) zu unterscheiden, die Ende 1999 73,5% des weltweiten BIP erarbeiteten, die außerdem die stärksten militärischen Kräfte unterhielten, die im wissenschaftlich-technologischen Bereich führend waren und die überdies das Kontingent der Mitglieder im Ständigen Ausschuss des UNO-Sicherheitsrats stellten.

Brasilien, die ASEAN, Südafrika oder Indien seien demgegenüber nur „mögliche Pole“, deren Stärke im 21. Jahrhundert zwar zunehmen, vielleicht aber auch wieder

¹⁰Hierzu im Einzelnen m.N.: Ebd., S.514.

¹¹Vgl. dazu beispielsweise: C.a., 2000/2, Ü 5.

¹²Ausführlich zu diesen Zielsetzungen in: C.a., 1998/7, S.693-717.

abnehmen könnte. Drei Hauptprozesse gehen nach chinesischer Vorstellung mit der „Multipolarisierung“ einher, nämlich der Abbau von Hegemonie, die Zunahme von Demokratie, weil immer mehr Länder bei internationalen Problemlösungen mitbestimmen könnten, und die wachsende Anerkennung „gemeinsamer Interessen“, sei es nun an einer effizienteren Umweltpolitik, am weltweiten Kampf gegen Drogenhandel und gegen internationalen Terrorismus sowie an verstärkter Kooperation in den Nord-Süd- und in den Süd-Süd-Beziehungen.¹³ Beijing ist überzeugt, von der Multipolarisierung aber auch noch in einem zusätzlichen vierten Bereich hinzugewinnen zu können, insofern sein Verhältnis zu den USA nämlich einem Nullsummenspiel zu unterliegen scheint, das in Zukunft eigentlich nur zu Gunsten der VRCh ausgehen kann!

Schritt Nr. 2: Mit der Herausbildung eines fünffach gepolten Ordnungsmodells verringern sich zwar die Aussichten Chinas, je wieder zur Nr. 1 zu werden, erhöht sich gleichzeitig aber die Möglichkeit, einem weiteren Ideal der konfuzianischen Tradition neues Leben einzuhauchen, nämlich dem *guanxi*-Ansatz, der bei einer aus rund 170 Nationen bestehenden Welt ohne Aussichten bliebe, der bei der Reduzierung der maßgebenden Akteure auf einen Fünferclub aber eine Renaissance erleben könnte. Käme demzufolge die in der chinesischen Tradition so tief verwurzelte *guanxi*-Methode ins Spiel, so würde eine Reihe westlicher Überlieferungen hinterfragt, wie sie z.B. in Form des „Realismus“ und des „Neorealismus“ nach wie vor im Spiel sind. Betroffen wären vor allem die Ansätze der Morgenthau-Schule, die das „nationale Interesse“ in den Mittelpunkt der Außenpolitik gestellt – und damit spontan auch die abendländische Prämisse vom „autonomen Individuum“ auf die Außenpolitik – auf souveräne Einzelnationen nämlich! – übertragen haben. Gerade im (neo)realistischen Denken haben sich ja Ansätze verdinglicht, wie sie in der chinesischen Tradition ohne Parallele sind, ja auf das Gegenteil all dessen hinauslaufen, was von konfuzianischen Schulen seit Jahrhunderten gelehrt worden ist, nämlich der geheiligten „Beziehungs“-Philosophie, bei der nicht der autonome Einzelne, sondern das Geflecht *zwischen* den Einzelnen im Mittelpunkt steht. Es gehört ja zu den Kernbotschaften des Konfuzianismus, dass beim gesellschaftlichen Netz die Aufmerksamkeit nicht den einzelnen Knoten, sondern den Maschen zu gelten hat und dass die Qualität einer Gesellschaft von der Solidität gerade dieser *Verbindungselemente* abhängt.

Dieses Beziehungsdenken gilt analog auch im Bereich der *Außenpolitik*, wo dem einzelnen Individuum die Nation, den zwischenmenschlichen „Beziehungen“ aber die „Interdependenz“ (*xianghu yicunxing* [14]) entspricht.

Wo aber *Beziehungen* in den Vordergrund treten, steht nicht mehr die *einzelne Nation* mit ihren „Interessen“, sondern die *Interdependenz zwischen* diesen Nationen im Mittelpunkt, geht es nicht mehr in erster Linie um die „Sicherheit“ der einzelnen Nation, sondern um Frieden („Harmonie“) *zwischen* den am internationalen System Beteiligten, werden Konflikte nicht mehr ohne Weiteres in Kauf genommen (Begründung: „nationale Interessen sind unantastbar!“), sondern, wo immer möglich, vermieden, und findet kein Nullsummen-, sondern ein positives Summen-

spiel statt, da von Interdependenz nicht nur der Einzelne auf Kosten des Anderen, sondern da – bei „wechselseitiger“ Abstimmung – *jeder* Einzelne (und dementsprechend auch jede Nation) profitieren kann (vgl. i.e. die Tabelle auf der nächsten Seite).

Dieses Verwaschungsdenken war im Zeitalter Mao Zedongs zwar (zu Gunsten eines „internationalen Klassenkampfes“) entschieden abgelehnt worden, ist seit Beginn der Reformen aber wieder an seinen alten Platz im gesellschaftlichen Denken zurückgekehrt – und wird deshalb als „Renormalisierung“ empfunden.

Mit wachsender Interdependenz aber verstärkt sich – Schritt Nr. 3 – der Hang zu ständigen „Dialogen“ (*duihua* [15]), zu „regelmäßigem Gedankenaustausch“ (*jingchangxingde jiaoliu* [16]) und zu „umfassenderen regionalen und globalen Diskussionen“ (*geng guangfande diqu he quanqiu-xingde taolun* [17]).

Interdependenz begünstigt den „Trend“ (*qushi* [18]) zum Aufbau von gegenseitigem Vertrauen. Sogar die 1997 ausgebrochene asiatische Finanzkrise kann, chinesischer Auffassung zufolge, durch den Ausbau vertrauensvoller Beziehungen auf „kameradschaftliche“ (*huobande* [19]) Weise geregelt werden. „Vertrauen“ ist bekanntlich eine der Schlüsselkategorien im politischen System Chinas!

Ob neue politische oder neue finanzielle Weltordnungen – stets pflegt es der chinesischen Seite um Kooperation, um Dialog, um die Abhaltung von „Foren“ (*luntan* [20]), um „gegenseitiges Sich-Verstehen“ (*xianghu liaojie* [21]) sowie um „Wechselseitigkeit“ (*xianghuxing* [22]), wenn nicht gar um den Aufbau „strategischer Partnerschaften“ (*zhanlüe xiezuo* [23]) zu gehen.

Kein Wunder, dass China längst wieder engagiert an der weitere Ausgestaltung von Foren wie dem ASEM, dem ARF oder aber der „10+3-Allianz“ mitwirkt.

Lange Zeit hat die VRCh, wie oben erwähnt, fünf außenpolitische Ziele verfolgt, die zueinander in einem bisweilen krassen Gegensatz standen. Künftig könnte ein weiteres Ziel – Nr. 6 – in den Vordergrund rücken, nämlich die *Herstellung von Interdependenz* (auf der Basis der Wechselseitigkeit und des „wechselseitigen Sich-Verstehens“). In der Tat läge eine „*guanxi*-gestützte Interdependenz“ ganz auf der von den Reformern verfolgten „Renormalisierungslinie“.

„Zentrale Schutzgüter“ wären bei einer solchen interdependenten Weltordnung nicht mehr die „Interessen der einzelnen Nationen“, sondern die Interessen einer (ihrer Natur nach übernationalen) Gesamtordnung, deren Wesensgehalt mit den altüberkommenen Begriffen „Gleichgewicht“ – „Gegenseitigkeit“ – „Vertrauen“ oder mit der reformerischen Devise „Friede und Entwicklung“ indiziert wird. Überall zeigen sich hier Fingerabdrücke des Konfuzianismus!

¹³Ausführlich dazu C.a., 2000/2, Ü 5 m.N.

**Zur methodischen Neubesinnung:
– Übertragung des metakonfuzianischen Beziehungsansatzes auf die Außenpolitik
– Ablehnung des neorealistischen Ansatzes**

	Politik im Zeitalter Mao Zedongs	Der maschentheoretische Ansatz der Reformen (Selbstperzeption des XV. Parteitags)	Politik der Vertreter des <i>Neo-Realismus</i> (u.a. vor allem der USA)
Prämissen: Die Frage nach dem politischen Weltbild	<p>Pessimismus: <i>Die Welt ist durch Klassenkampf in Permanenz zerrissen</i> (Ursache: Unterdrückung der Massen durch <i>Imperialismus und Feudalismus/Bourgeoisie</i>)</p> <p><i>Große Unordnung unter dem Himmel</i> (als Normalzustand)</p> <p>Unvermeidbarkeit des Kriegs</p> <p>Nullsummenspiel (Befreiung geht auf Kosten der Unterdrückter - und umgekehrt)</p>	<p>Optimismus: <i>Die Welt ist auf dem Weg zum Ausgleich. Wachsende Multipolarität schafft Frieden, Stabilität und Prosperität</i></p> <p>Gewicht der Dritten Welt wächst</p> <p><i>Immer mehr friedliche Elemente</i> (Ordnung als Normalzustand)</p> <p><i>Vermeidbarkeit des Kriegs</i></p> <p>Positives Summenspiel (<i>alle</i> können profitieren, wenn sie kooperieren)</p>	<p>Kippe zwischen Pessimismus und Optimismus: <i>Die Welt treibt zwischen Konflikt und Ausgleich dahin</i></p> <p><i>Nationale Interessen sind nie ganz sicher: Vorsicht und waches Mißtrauen!</i> Kriege sind nie ganz ausgeschlossen!</p> <p>Nullsummenspiel (was einer Nation zugutekommt, geht der anderen verloren)</p>
(Haupt-)Ziel	<p>Gerechtigkeit (im Kampf gegen Imperialismus, Feudalismus, Unterdrückung)</p> <p>Neuer Mensch in einer Neuen Gesellschaft Neue Weltwirtschafts- und Sozialordnung</p>	<p>„Friede und Entwicklung“ (<i>unabhängige und friedliche Außenpolitik</i>)</p> <p>Verringerung von Gefällestufen</p>	<p>Sicherheit (des Staates und seiner <i>nationalen Interessen</i>)</p> <p>Inkaufnahme von Gefällestufen</p>
(Haupt-)Methoden zur Zielerreichung	<p>Klassenkampf (national und international)</p> <p>Instrumentalisierung von Konflikten</p> <p>Aufbau von <i>breitestmöglichen Einheitsfronten</i></p>	<p>Interdependenz</p> <p>Vermeidung von Konflikten</p> <p>Vermeidung von Blockbildung</p>	<p>Konkurrenz: - politisch: politische und militärische Bündnisse (<i>Blöcke</i>) - wirtschaftlich: freier Wettbewerb u. Inkaufnahme von Gefällen - kulturell: Zusammenstoß der Kulturen</p> <p>Inkaufnahme von Konflikten</p> <p>Inkaufnahme von Blockbildung</p>
Diplomatische Mittel	<p>Diplomatie auf drei Ebenen (Staat, KPs, <i>Volk</i> - mit Betonung der Volksdiplomatie)</p> <p><i>Linke</i> und <i>Rechte</i> Strategie (= gegen die etablierte Staatenordnung)</p> <p>Einheitsfront gegen Imperialismus</p> <p><i>Patriotischer Befreiungskampf</i></p>	<p>Diplomatie auf formeller und informeller Ebene (Bevorzugung von <i>guanxi</i>, interpersoneller <i>Vertrauensbildung</i>)</p> <p>Koexistenz (5 Prinzipien der friedlichen K.) (= mit der etablierten Staatenordnung: Inkaufnahme soziopolitischer Vielfalt)</p> <p>Einheit gegen Friedlosigkeit und Unterentwicklung</p> <p><i>Dialog statt Konfrontation</i></p>	<p>Diplomatie möglichst auf formeller Ebene (Staat)</p> <p>Koexistenz, aber mit Einmischungsmöglichkeit (z.B. bei Menschenrechtsverletzungen) (= mit der etablierten Staatenordnung)</p> <p>Einheit notfalls durch Blockbildungen</p> <p>Notfalls Sanktionen</p>
Schlüsselfrage	Wie lässt sich „ Befreiung “ (= Selbstbefreiung u. Zusammenschluß zur Einheitsfront) am besten organisieren?	Wie lässt sich wechselseitige Zusammenarbeit am besten gestalten?	Wie lässt sich das „ nationale Interesse “ am besten schützen (und fördern?)
Hauptakteure	KPs als <i>Führungszentren</i> und als Gestalter der <i>Massenlinie</i>	Akteurs-Vielheit als Gestalter von „ Multipolarität “	Der einzelne Nationalstaat als Verteidiger und Förderer von <i>nationalen Interessen</i>

Allerdings setzte eine in diesem Sinne konsequent vorangetriebene Politik der „Interdependenz“ voraus, dass Beijing die „neuzeitliche“ Erinnerungsschicht Nr. 2, mit der das Verlangen nach Souveränität, Gleichberechtigung und Antihegemonismus verbunden ist, nach und nach wieder aus dem Gedächtnis löscht.

Sollte dies gelingen, so ließen sich mit Hilfe der altkonfuzianische Beziehungsphilosophie vielleicht passendere Antworten auf zahlreiche Herausforderungen des globalen „internationalen Systems“ erteilen, als dies mit neorealistischen Ansätzen der Fall ist, die ja doch immer nur auf die Verteidigung „geheiliger“ nationaler Interessen hinauslaufen.

China bekäme in einem solchen Beziehungsmilieu endlich die Chance, seinen Lieblingspart als „Polarstern“ wieder aufzunehmen, sich verstärkt impansionistisch auszurichten und innerhalb des „fünfpoligen Systems“ nach der Rolle eines Primus inter pares zu streben, wie sie einem „Reich der Mitte“ nun einmal zuzustehen scheint!

Siehe auch: -> *Nation*, -> *Netzwerke*, -> *Ordnung*

BESCHLUSSFASSUNG

dazu Näheres 4.2.2.3 in: C.a., 2000/3, S.298-304

BÜRGER, BÜRGERTUM

Im politischen System Chinas herrscht spontanes Misstrauen gegen Bürgertum, und zwar gleichgültig, ob der Bürger als (gemeinschaftszugewandter und „politischer“) Citoyen oder aber als (ichbezogener und „unpolitischer“) Bourgeois zu Tage tritt. Zwar gibt es durchaus den Begriff *gongmin* [24], doch erregen „Bürger“ und „Bürgertum“, wie man sie vom Westen her kennt, Verdacht, weil sie ihrem ganzen theoretischen Selbstverständnis nach Anliegen vertreten, die nicht ins chinesische System passen, sei es nun Individualismus, Liberalismus oder Aufklärung, und weil sie in der Praxis die „Gefahr“ von „Bürgerinitiativen“, von (->) „zivilgesellschaftlichen“ Ansätzen, ja von „bürgerlichem Ungehorsam“ heraufbeschwören. Ein *gongmin*, der sich „anmasste“, dem Staat auf gleicher Augenhöhe gegenüberzutreten und dabei auch noch eigene Interessen zu verfechten, war, und ist, ebenso Ärgernis – und Anathema – für die politischen Eliten wie das im Zuge der Modernisierung überhand nehmende „bürgerliche Denken“, das als „geistige Verschmutzung“ gebrandmarkt wird.

Im Europa des 18. und des 19. Jahrhunderts hatte sich das Bürgertum seine Anerkennung als „Dritter Stand“ nach zwei Seiten hin erkämpfen müssen, nämlich sozial gegenüber Adel und Geistlichkeit, „zivilgesellschaftlich“ aber gegenüber dem (lange Zeit absolutistisch auftretenden) Staat, wobei es mit dem noch eine Weile später hinzukommenden Vierten Stand, nämlich dem Arbeiterproletariat, schnell in „Klassenkonflikte“ geriet und sich daraufhin paradoxerweise mit dem Adel und der überkommenen Staatsgewalt zusammenschloss.

Prinzipiell aber blieb der Aufstieg des Bürgertums ein emanzipativer Prozess, in dessen Verlauf sich der Dritte Stand zunehmende Freiheitsrechte gegenüber dem „Polizeistaat“ zu sichern wusste: Mit der Heraufkunft konstitutioneller Elemente ging die „absolutistische“ Macht

des Landesherrn zurück, und zwar im gleichen Maße, als sich die Idee der Gewaltenteilung sowie der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung durchsetzte und die Mitglieder des Dritten Stands sich mit subjektiven öffentlichen Rechten abzusichern wussten. Staatsphilosophisch wurde die dadurch ertrotzte „Selbstbindung des Staats“ erstmals von Montesquieu, verwaltungsrechtlich-juristisch von Otto Mayer angemahnt, wiewohl letzterer mit Hilfe seiner „juristischen Methode“ die Scheinwerfer weg von der Machtausübung des Herrschers hin auf eben jene *Schranken* lenkte, die dieser Machtausübung entgegenstehen sollten. Recht, vor allem „öffentliches Recht“, hatte seitdem eher mit den *Abwehrrechten* des Bürgers als mit den Souveränitätsrechten der Staatsmacht zu tun. Die Frage richtete sich jetzt nicht mehr darauf, was der Staat konnte, sondern was er durfte. Dieses Dürfen aber wurde unter den „Vorbehalt des Gesetzes“ gestellt: Staatliches Handeln musste m.a.W. „gesetzmäßig“ und berechenbar sein. Auch die „Polizei“ war jetzt nicht mehr dazu da, das Staatsinteresse positiv durchzusetzen, also notfalls „Wohlfahrt“ (im Sinne von Gesundheits-, Sitten- oder Gewerbepolitik) zu betreiben, sondern hatte sich nur noch auf die *Abwehr* von „Gefahren“ zu beschränken. In die Fußstapfen der alten „Polizey“ trat also eine moderne „Polizei“ – und damit der Abwehrgedanke. Seine Krönung erfuhr dieser Prozess durch die Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit, mit deren Hilfe der einzelne Staatsbürger sich gegen obrigkeitliche Übergriffe notfalls auch *gerichtlich* zur Wehr setzen konnte.¹⁴

Mit der Herausbildung dieses dualistischen Verhältnisses von Staat und Gesellschaft begann sich übrigens auch die Politikwissenschaft (mit ihrer normativen Demokratietheorie) von der Jurisprudenz, vor allem der juristischen Staatslehre abzusondern.

Und China?

Schon im traditionellen China war der Einzelne nicht „Bürger“, sondern „Vater“, „jüngerer Bruder“, „dritter Onkel“ oder aber „Staatsbeamter fünften Grades“, um hier nur einige Beispiele zu nennen. Im konfuzianisch geprägten Vietnam sprechen noch heute viele Familienmitglieder oder Berufsangehörige von sich nicht in der *toi-*(„ich“)-Form, sondern als *em*, *anh*, *chi*, also als „jüngerer Bruder“, „älterer Bruder“, „ältere Schwester“ oder als „Unternehmer“, „Bauer“ etc.

Im traditionellen China wurden meist vier Stände unterschieden, nämlich Beamte, Bauern, Handwerker und Händler, in der heutigen Volksrepublik sind es Arbeiter, Bauern oder „Intellektuelle“, die als solche in Erscheinung treten und die sich aufgefordert sehen, so genannten „Massenorganisationen“ beizutreten, also Korporationen, die in erster Linie nicht für „Bürger“, sondern für Arbeiter (Gewerkschaften), Frauen (Nationale Frauenorganisationen), Schriftsteller, Ärzte, Ingenieure oder andere „ständisch“ interpretierte Gliederungen offen stehen. Organisationen dieses Zuschnitts sollen – nach einem Ausdruck Stalins – als „Treibriemen“ zwischen KP und ihrer oft nach Millionen zählenden MO-Mitgliedschaft fungieren. „Massenorganisationen“ sind ihrem Charakter nach also weder politische Parteien (mit eigener Willensbekundung) noch (->) „zivilgesellschaftliche“ Gliederungen. Vielmehr

¹⁴Vgl. hierzu i.e. 4.2.4.2.3 in: C.a., 2000/5, S.533.

gelten sie als Satellitenorganisationen, denen Emanzipationsbestrebungen nicht etwa eingepflegt, sondern, ganz im Gegenteil, ausgetrieben werden sollen, und die dazu aufgerufen sind, mit der staatlichen oder der KP-Bürokratie am besten (->) korporativ sowie (->) konsultativ zusammenzuarbeiten.

Im Zeitalter des Maoismus waren die einzelnen „Klassen“ sogar noch weiter unterteilt worden, so z.B. die Bauern in Grundbesitzer, Reiche Bauern, Mittelbauern, „Arme und Untere Mittelbauern“ sowie Arme Bauern. Nicht der „Bürger“, sondern der „Arme und Untere Mittelbauer“ war Adressat der KP!

Im reformerischen China ist zwar die maoistische „Einteilungs“-Wut, nicht jedoch die alte Aversion gegen den Bürger verschwunden. Dies zeigt sich bereits anhand der gesellschaftlichen Organisationsweise:

Bürgertum hat in den westlichen Vorstellungen ja immer etwas mit *horizontaler* Organisation zu tun. Bürger schließen sich also beispielsweise zu gemeinsamen Aktionen gegen Umweltverstöße zusammen, ob diese nun von gesellschaftlichen Gruppen oder aber vom Staat ausgehen.

Nach chinesischer Vorstellung hat dagegen nicht die horizontale, sondern die *vertikale* Organisationsweise zu gelten (-> Vertikalismus). Man organisiert sich nicht von Gleich zu Gleich, sondern unterstellt sich (einem Familienvater, einem Dorfvorsteher) oder „klientelisiert“ sich (gegenüber einem „Patron“). Auch sonst ist die „Arbeitsteilung“ vertikal: Bereits Menzius hat die Herrschaft der „Kopfarbeiter“ über die „Muskelarbeiter“ thematisiert: Die einen haben zu arbeiten und werden dafür geschützt und gefördert, die anderen führen, schützen, fördern – und können dafür im Gegenzug Arbeitsleistungen abrufen. In solchen Strukturen gelten nicht die allgemeinen Grundsätze der Demokratie, sondern die Normen des (->) Vertikalismus und des Klientelismus, die jedem Einzelnen eine genau umschriebene Rolle zuweisen: Bürgertum liegt hier in weiter Ferne!

Die Reformen haben zwar versucht, Gleichheit vor dem Gesetz einzuführen, indem sie „Gesetzes-“ an Stelle von „Personenherrschaft“ setzen wollen. Doch kämpfen sie hier gegen jahrhundertalte Denkgewohnheiten an.

Siehe auch: -> *Demokratie*, -> *Gewaltenteilung*, -> *Konflikt und Konsens*, -> *Konsultation*, -> *Korporatismus*, -> *Opposition*, -> *Pluralismus*, -> *Vertikalismus*

BÜROKRATIE, BÜROKRATISMUS

„Bürokratie“ i.S. von Beamtenschaft (*guanli* [25]) und i.S. öffentlicher Ämter (*guan zhi* [26]) ist, allgemeiner chinesischer Auffassung zufolge, unverzichtbar, „Bürokratismus“ (*guanliao zhuyi* [27]) dagegen muss bekämpft werden.

• Bürokratie:

Kaum ein Chinese, der sich eine größere soziale Einheit ohne bürokratische Lenkung vorstellen könnte. Zwar ist die Idee des Anarchismus (vor allem unter daoistischem Vorzeichen) immer wieder diskutiert, nie aber über längere Zeit praktiziert worden!

Während Dynastien immer wieder untergingen, blieb die mandarinarische Bürokratie bestehen und entwickelte sich so zum Garanten der Überlebensfähigkeit des „Chinas der Kaiser“. Sie erfüllte – immer i.S. der Bestandswahrung – die Funktion der Legitimation (d.h. der bewusstseins-

strukturierenden Vorgabe des „richtigen Wegs“), die Funktion der Integration (durch Überwindung regionaler, religiöser und standesgebundener Partikularverpflichtungen), die Funktion der Identitätsvermittlung (also eines Wir-Gefühls) und die Funktion der Daseinsvorsorge (i.S. von Mauer-, Kanal- und Städtebauten).

Das traditionelle Mandarinat wurde in seiner Praxis nicht weniger als vier jener sechs Kriterien gerecht, die den weberschen „Idealtyp“ des Bürokraten bilden: Es richtete sich in seiner Amtsführung zunächst einmal nach (1) generellen Regeln: ein Verhalten, das sich erst beim Vergleich mit anderen Staaten der damaligen Zeit richtig würdigen lässt, war (2) hierarchisch aufgebaut, ging (3) aktenmäßig vor und pochte (4) auf die Einhaltung des Dienstwegs sowie erstaunlich präziser Zuständigkeitsregelungen. Lediglich in zwei Belangen gab es Abweichungen, die als solche schon die Besonderheit des Mandarinats deutlich werden lassen: Zunächst einmal wurde nämlich (5) das Prinzip der Fachschulung durch eine Art Amateuroidéal ersetzt: Der *guan* [28] sollte sich m.a.W. nicht als Experte für Recht, für Brückenbau oder gar für Landwirtschaftstechniken bewähren, sondern als Generalist agieren, und zwar mit dem anspruchsvollen Auftrag, das von den Vätern ererbte und konfuzianisch definierte Gesellschaftsverständnis Tag für Tag vorzuleben und es von Generation zu Generation weiterzuübermitteln. Aus diesem Grund bestand der Hauptinhalt der Staatsprüfungen ja auch nicht im Abfragen von Fachkenntnissen, sondern in der Bestätigung einer traditionsverankerten staats- und gesellschaftserhaltenden Gesinnung.

Darüber hinaus war es dem *guan* aufgegeben, durch vorbildhaftes Wirken als normative Kraft tätig zu werden, also keineswegs nur auf Befehle des Dienstherrn zu handeln. Ein seine Amtsaufgaben ernst nehmender Beamte durfte, wie schon Konfuzius gefordert hatte, „kein Gerät“ sein.¹⁵ Unter dem Einfluss der Staatsphilosophen Mengzi und Xunzi, vor allem aber des Hausphilosophen der Han, Dong Zhongshu, hatte die Anschauung Oberhand gewonnen, dass sich eine Regierung letztlich nur durch Wahrnehmung der Interessen des Volkes legitimieren könne. Wahrung der Tradition und „Wohl des Volkes“ – diese beiden Gesichtspunkte wurden zur politischen Maxime des Beamtentums und machten es dem Mandarinat möglich, nicht bloß Wachs in den Händen des jeweiligen Herrschers zu sein, sondern sich in aller Regel zum Anwalt des Volkes aufzuschwingen und einem Tyrannen auf dem Thron notfalls das Handwerk zu legen, sei es nun durch Gehorsamsverweigerung oder aber durch Maßnahmen des „Zensurierens“.

Es waren im Wesentlichen sechs Strukturmerkmale, die das Pflichtenpektrum der chinesischen Beamtenschaft umschrieben, nämlich (1) die Trennung von Zivil- und Militärmandarinat, (2) die Gleichgewichtigkeit zwischen den einzelnen Teilen der Bürokratie i.S. eines *divide et impera*, (3) die Rotation der Funktionäre, (4) das strenge Verbot gegen Nepotismus und Korruption, (5) die Sach- und Personalaufsicht durch das institutionalisierte Kontrollinstrumentarium des Zensurats und (6) die Schaffung eines homogenen Corps von *guan*, die einem strengen Ausleseprinzip, vor allem einer dreistufigen Staatsprüfung un-

¹⁵Lunyu, II.12.

terworfen waren.¹⁶

Dass gegen diese sechs Grundgebote in der Praxis immer wieder verstoßen wurde, ist historisch erwiesene Tatsache. Zumindest aber wirkten sie in ihrer Majestät bewusstseinsbildend.

• Bürokratismus:

„Bürokratismus“ (*guanliao zhuyi*) ist, wie bereits erwähnt, die Kehrseite von *guanli/guanzhi* und bestimmt sich in seinen (wechselnden) Aspekten nach dem politisch jeweils herrschenden Funktionärsbild:

▷ Im traditionellen China war Bürokratismus ein durch allzu viel Sachzwänge angeleitetes Fehlverhalten, das sich durch Schematismus, Ritualismus und nicht selten auch durch Korruption, vor allem aber durch mangelndes Berufsethos diskreditierte. Hinter jedem „Bürokratismus“-Verdacht steckte ja die fast schon leitmotivische Vorstellung, dass systemgefährdende Klimastörungen zwischen Führung und Volk nicht durch Institutionen und politische Strukturen, sondern hauptsächlich durch das Fehlverhalten einzelner Funktionäre (und ihrer mangelhaften „Selbstdisziplinierung“) bedingt seien.

Literarische Hauptquelle für Bürokraten dieser Sorte war der am Ende des 19. Jahrhunderts erschienene Roman „Die Reisen des Lao Can“ von Liu E, in dem sich eine ganze Galerie von Beamtenkarikaturen finden lässt, deren Einzelcharakterisierung nicht zuletzt deshalb so unsäglich ausfällt, weil die Begegnung mit Repräsentanten dieses Typs autobiographischer Art waren!

▷ In maoistischer Zeit wurde „Bürokratismus“ hauptsächlich mit dem Verlust an revolutionärer Substanz, d.h. mit „Massenferne“ gleichgesetzt, die ihrerseits dadurch bekämpft werden sollte, dass der Beschuldigte zu den „Massen hinuntergeschickt“ und dort durch Mitarbeit an vorderster Front wieder in einen Arbeiter/Bauern zurückzuerziehen war. Man nannte diesen Umwandlungsprozess – in Anlehnung an das konfuzianische *xiu qi shen* [29] (wörtlich: „seinen Körper ändern“) – damals *fan shen* [30] (wörtlich: „Körper umdrehen“).

Entbürokratisierung sollte sich also auch hier – wieder einmal! – nicht institutionell, sondern „personell“ vollziehen, d.h. also durch Umerziehung.

Allerdings zählte Mao in seinen berühmten „20 Erscheinungsformen des Bürokratismus“ eine Reihe von Eigenschaften auf, die auch bei Max Weber hätten vorkommen können, angefangen vom „Faulpelz-Bürokratismus“ über Pedanterie und Verantwortungsscheu bis hin zu Verhaltensweisen, die den „Amtsschimmel“ (*wenduzhuyi* [31]) begünstigten.¹⁷ Ganz auf der Linie der Tradition verabscheute Mao an den „Bürokraten“ nicht zuletzt auch die Bevorzugung von „Sachzwängen“ gegenüber „politischen Kalkülen“. Was damit gemeint ist, wurde besonders deutlich bei einer exemplarischen, Ende der 50er Jahre zu treffenden Entscheidung, wie nämlich das Land sich neuen Schiffsraum beschaffen könne. Drei Optionen standen dabei zur Wahl, nämlich das Chartern, das Kaufen oder das Selberbauen. Während sich die „Pragmatiker“ um Liu Shaoqi für die ökonomisch billigste Lösung, nämlich das Kaufen, aussprachen (Sachzwang!), plädierte Mao für das Selberbauen, das kurzfristig zwar teuer zu stehen komme,

sich langfristig aber zu einer Pflanzstätte neuer technologischer Fähigkeiten bei den Massen entwickelte! Der politische Vorteil des „Nutzens für das Volk“ wurde hier von Mao also dem ökonomischen Sachzwang übergeordnet – ein Verhalten, das wohl kaum ins webersche „Bürokratie“-Schema passte!

▷ Deng Xiaoping stellte bei seinem Bürokratismusverständnis ebenfalls stark auf das Amtsethos ab. Als Beispiele eines bürokratischen Verhaltensstils nannte er z.B. Machtmissbrauch, Phrasendrescherei, unflexible Denkweise, personelle Überbesetzung, Verantwortungslosigkeit, Wortbruch, Vetternwirtschaft und selbstherrliches Benehmen.¹⁸

Als Auswüchse von Bürokratismus verurteilte er überdies den notorische *danwei*-Egoismus, der sich u.a. in der Praxis äußern kann, „eine Armee lieber 1.000 Tage lang zu halten, um sie gerade einmal eine Stunde lang einzusetzen“, als ihre Dienste zwischendurch auch der Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen.

Am Vorabend des XIII. Parteitags von 1987, bei dem entscheidende politische Reformen durchgeführt werden sollten (ohne dass dies am Ende dann auch wirklich geschah!), verwies Deng auf fünf Hauptmerkmale bürokratischer Fehlsteuerung, nämlich auf Überkonzentration von Macht, Unklarheit bei den Zuständigkeiten, Fehlen eines durchformalisierten Kadersystems, Überbesetzung von Ämtern und auf ein Übermaß an Gremien.

Bei anderer Gelegenheit präsentierte Deng eine weitere Fünfer-Formation mit den Elementen „übermäßige Machtkonzentration“ (*quanli guofen jizhong* [32]), Führungspositionen auf Lebenszeit, „patriarchalischer Arbeitsstil“ (*jiazhangzhi zuofeng* [33]), Formalismus und Privilegienwesen.¹⁹ Ergänzend müsste noch die Korruption hinzugefügt werden, die vor allem in den 90er Jahren zur Hauptzielscheibe der reformerischen Führung geworden ist.

Noch eine dritte Fünferreiheung sei hier erwähnt: Neben der Überkonzentration von Macht gehören nämlich vier weitere offensichtlich unauslöschliche Eigenarten mit zu den tadelnswerten, weil gegen konfuzianische Ethik verstoßenden, Spielregeln chinesischer Bürokratie, nämlich Büro- und „System“-Egoismus, Personalismus, Mausehelei und „Ressortexpansionismus“.²⁰

„Festgemauert in der Erde“ steht hier durchwegs die „Überkonzentration von Macht“, die durch horizontale (Trennung von Partei und Regierung) und vertikale (Verlagerung von Zuständigkeiten nach unten) Entflechtung abgebaut werden müsse. Der Aufgabenteilung zwischen Partei und Regierung (→ Gewaltenteilung) komme hierbei die Hauptbedeutung zu! Ferner seien die Zuständigkeiten haarklein zu regeln, die Beamtenangelegenheiten dienstrechtlich präzise festzulegen, überbesetzte Ämter nach Effizienz und Altersgesichtspunkten durchzukämmen und überflüssige Ministerien sowie Ämter zu streichen oder aber mit anderen Gremien zusammenzulegen.

Auch die Begründung von (→) „Selbstverantwortung“

¹⁸Dazu im Einzelnen: Deng Xiaoping, *Ausgewählte Werke, 1975-1982*, Beijing 1985, S.354. Zu weiteren Bürokratismusmerkmalen vgl. auch 3.1.2.4.2.2 in: C.a., 1999/11, S.1175.

¹⁹Deng Xiaoping, *Wenxuan (1975-1982 nian)*, Beijing 1983, S.280-302, insbesondere S.288f.

²⁰Näheres dazu 3.1.2.4.2 in: C.a., 1999/11, S.1173-1175.

¹⁶Einzelheiten dazu C.a., 1987/2, S.114-118.

¹⁷Im Einzelnen Mao Zedong, *Texte Band VI/1, 1965-1976*, hrsg. von Helmut Martin, München 1982, S.315-318.

tungssystemen“ könne zu einem vernünftigen Ausgleich zwischen den einzelnen bürokratischen Instanzen führen.

Besondere Bedeutung kommt seit Beginn der Reformen zwei neuen Eckwerten zu, nämlich der *minzhuhua* [34] (→ „Demokratisierung“) und der *falühua* [35], d.h. der Vergesetzlichung, welche letztere seit den 70er Jahren unter der Devise steht, dass die bisherige „Personenherrschaft“ (*renquan* [36]) durch eine „Herrschaft der Gesetze“ (*faquan* [37]) abzulösen sei. Ganz auf dieser Linie hatte bereits am 1. Juli 1979 ein gesetzgeberischer Parforceritt begonnen, der de lege lata, wenn auch nicht gerade de lege excercita, eine Fülle von Schutz- und Partizipationsbestimmungen hervorbrachte, sei es nun in Form von Wirtschaftsregelungen oder aber in Gestalt von Prozessnormen, z.B. einer StPO, einer ZPO oder einer VGO (Verwaltungsgerichtsordnung). Schon bald erhob sich auch der Ruf nach „Gesetzmäßigkeit“ (*zunshou falü* [38]) der Verwaltung. Ausgangspunkt hierfür war Artikel 5, III der Verfassung von 1982, der den Gesetzesgehorsam vorschrieb und vor allem Privilegien für einzelne Individuen verbot – offensichtlich eine Lex Mao! Die Vorgängerverfassungen von 1975 und 1978 waren äonenweit davon entfernt gewesen, eine solche Gesetzmäßigkeitsklausel auch nur ins Auge zu fassen! In Artikel 18 der Verfassung von 1978 hatte es vielmehr geheißen, dass „der Staat das sozialistische System schützt und jede landesverräterische und konterrevolutionäre Tätigkeit [...] bestraft“. 1993 schließlich erging ein Beamtengesetz, das erstmals in der VRCh Regeln für Angehörige des öffentlichen Dienstes festschrieb.²¹

Siehe auch: → *Gewaltenteilung*, → *Kontrolle*, → *Korporatismus*, → *Opposition*, → *Primat der Politik*, → *Selbstverantwortungssystem*, → *Verwaltungsreform*

DANWEI

Gesellschaftliche Grundeinheiten in China, z.B. Dörfer, Betriebe, Fakultäten etc., deren Existenz ein Beweis für die (→) Zellularität der chinesischen Gesellschaft ist.

Folge dieser Zellenbildung sind *Danweidemokratie*, -sozialismus, -sozialpolitik, „ethischer Relativismus“, „ökologischer Relativismus“, dualistische Sozialpolitik usw.²²

Während die *danwei* [39] eher Trennungsfunktionen ausübt (Vorrang der Verkapselung und der „Mauerbildung“!), sorgen Netzwerkstrukturen für die Verknüpfung.²³

Siehe auch: → *Analogismus*, → *Föderalismus*, → *Gewaltenteilung*, → *Konformismus*, → *Netzwerke*, → *Opposition*, → *Selbstverantwortungssystem*, → *Zellularität*

DEMOKRATIE, DEMOKRATISIERUNG

• Chinesische Besonderheiten

Wie wenig sich der westliche „Demokratie“-Begriff dafür eignet, chinesische Realitäten zu erfassen, zeigt sich mit besonderer Deutlichkeit vor dem Hintergrund einer Fünffzahl demokratischer Grundmerkmale, die westli-

chem Verständnis nach „demokratische Universalien“ sind, nämlich dem Recht auf Partizipation, dem Wettbewerb um Macht, der Gewaltenteilung, der sozialen Gerechtigkeit und der Achtung vor den Menschenrechten.

Im traditionellen China war das Residualphänomen „Demokratie“ im Wesentlichen durch fünf Tangenten umrissen:

▷ Nicht Partizipationsmaximierung, sondern Willkürminimierung

Als Leitspruch über dem Herrschaftsverhalten des kaiserlichen China hätte die Parole stehen können: „Alles für das Volk, nichts durch das Volk“. Es gehörte zur Grundmaxime konfuzianischer Staatsweisheit, dass die Qualität der Regierungsarbeit vom charakterlichen sowie vom technischen Standard der Regierenden, nicht jedoch von einer wie immer gearteten wachsenden Mitbestimmung des Volkes abhing. Angesichts einer solchen Ausrichtung erweisen sich auch Begriffe wie „Nachtwächterstaat“ oder „Leviathan-Staat“ als wenig hilfreich. Ein Blick auf die Praxis legt jedoch nahe, worauf es offensichtlich in erster Linie ankam, nämlich auf Berechenbarkeit des Führungsverhaltens, die im politischen System des Reichs der Mitte einen bemerkenswerten Standard erreicht hatte. Nirgends in der Welt des 8. oder des 16. Jahrhunderts gab es außerhalb Chinas eine Bürokratie, die auch nur annähernd so zweckrational und voraussehbar agiert hätte wie das chinesische Mandarinat.

Nicht Recht, sondern Berechenbarkeit: Mehr als mit Gesetzen hatte die damalige „Willkürzügelung“ mit dem konfuzianischen Gebot der „Selbstkultivierung“, aber auch mit einer hoch entwickelten Verwaltungstechnik und nicht zuletzt mit der (→) Zellenautonomie zu tun.

Bei der Bemessung von Willkür kommt es auf einen historisch gerechten Maßstab an. Verglichen mit den anspruchsvollen Standards postindustrieller Staaten zu Beginn des 21. Jahrhunderts mag sich die altchinesische Verwaltungspraxis zwar noch reichlich willkürlich ausnehmen, verglichen mit den meisten altorientalischen Despotien jedoch erscheint das China der Kaiser wie ein Hort der Rechtssicherheit und der Gerechtigkeit.

Im Großen und Ganzen erfolgte die Begrenzung der „Macht von oben“ weniger durch Einflüsse von unten her²⁴ als vielmehr durch das Wirken von Gegenkräften aus dem Inneren des Gesamtsystems heraus.²⁵

▷ Nicht gegeneinander, sondern miteinander, also nicht politischer Wettbewerb, sondern „Respekt und Loyalität“.

Das politische Tauschgeschäft, wie es sich im traditionellen China eingespielt hatte, lässt sich auf die Formel „Respekt gegen Loyalität“ bringen.²⁶

Die westliche Idee, dass demokratische Interessen erkämpft werden müssten und dass zu einem echten Demokraten deshalb auch ein hohes Maß an Konfliktfähig-

²⁴ Gleichwohl kam dem Volk in der Staatsphilosophie ein hoher Stellenwert zu. Es galt als Verkörperung des Himmels auf Erden: Es stand mit Abstand an erster Stelle und war das „Kostbarste“ (*gui* [40]), während der Herrscher „leicht wiegt“ (*qing* [41]) und erst an letzter Stelle folgt. (Mengzi, VII.14.) „Das Volk sieht, wie der Himmel sieht, und das Volk hört, wie der Himmel hört.“ (Ebd., V.5.) Es galt also auch in China der Grundsatz des *vox populi, vox dei*: Das Volk war ein subtiler Resonanzboden für die Zeichen des Himmels.

²⁵ Zum Zensorat vgl. 4.2.2.4 dieser Serie in: C.a., 2000/3, S.306f.

²⁶ In diesem Sinne Konfuzius, Lunyu, III.19.

²¹ Einzelheiten dazu vgl. 3.1.2.4 in: C.a., 1999/11, S.1172f.

²² Näheres dazu 3.2.2.1.1 in: C.a., 1999/12, S.1280-1282.

²³ Ebd.

keit gehöre, war dem traditionellen chinesischen Denken fremd.

Angesichts des Harmoniepostulats waren an der Konkurrenz um Macht a priori nur Personen beteiligt, die zur politischen Elite gehörten, d.h. die ihre Examina bestanden hatten und überdies eine politische Position bekleideten. Möglichkeiten, von außen her in den Regierungsapparat hineinzuwirken, waren dagegen beschränkt.

▷ Nicht Gewaltenteilung, sondern Einheit und Identität

Hier kann auf die Ausführungen zur (->) Gewaltenteilung und auf die altersgraue (->) Identitätslehre Chinas verwiesen werden.²⁷

▷ Nicht soziale Einzelgerechtigkeit, sondern soziale Symmetrie

Nirgends in der konfuzianischen Tradition tauchte die Idee eines *Rechts* der Einzelperson auf soziale Versorgung auch nur in Ansätzen auf. Alles wurde vielmehr von oben nach unten *gewährt*. Die Regierung müsse sich in eine „Vater/Mutter“- (*fumu* [42])-Rolle hineinversetzen und das „Volk“ (*bai xing* [43], wörtlich: „die hundert Namen“) wie „Kinder“ (*zi* [44]) behandeln.²⁸ Das paternalistische System habe auf soziale Symmetrie zu achten.

▷ Nicht (individuelle) Menschenrechte, sondern (kollektive) Sozialrechte

Nicht Rechte auf Rede, Meinung oder auf Entfaltung der Einzelpersönlichkeit standen im Vordergrund, sondern das vom „Himmel“ gewährte kollektive „Recht“ auf (überindividuelle) Ordnung und Bestandserhaltung. Für den chinesischen Bauern z.B. bedeutete „Freiheit“ kaum je etwas anderes als Freiheit von Hunger und Kälte, Freiheit von der Willkür rücksichtsloser Grundbesitzer und korrupter Beamter (-> Menschenrechte).

Fazit: Untersucht man die politische Tradition des Reichs der Mitte auf demokratische Fingerabdrücke hin, so ergibt sich also eine ernüchternde Bilanz: „Gutes Regieren“ war keineswegs durch wachsende Partizipation der Bevölkerung (der „Kinder“!), sondern vielmehr durch kontinuierliche Selbstdisziplinierung der Regierenden zu erreichen.

Das Volk galt zwar stets als Resonanzboden für die Himmelsbefehle, blieb in der praktischen Durchführung aber mehr oder weniger eine Art Beobachtungsobjekt, dem man fürsorglich die Wünsche von den Augen ablesen sollte, entwickelte sich aber kaum zu einem Träger authentischer Mitbestimmungsrechte.

Nur an zwei Stellen tauchten aus dem Meer des Obrigkeitsstaats demokratische Inseln auf, nämlich erstens im Zusammenhang mit dem Leistungsprinzip, das zumindest theoretisch jedermann die Chance eröffnete, über die Ausbildungs- und Prüfungsleiter zur Entscheidungsebene hinaufzugelangen, und, zweitens, im Bereich der lokalen Autonomie, die zwar nicht de iure, wohl aber de facto als solche Anerkennung fand, weil der „Himmel hoch und der Kaiser fern“ war: *tian gao di yuan* [45] (vgl. aber -> Analogismus).

Der Widerspruch zwischen Allmacht in der Theorie („das Volk und nur das Volk ist die Triebkraft, die Weltgeschichte macht“, Mao Zedong) und mangelnder

Partizipation in der Praxis ist auch im maoistischen Zeitalter typisch für das politische System geblieben – und hat sich selbst seit Beginn der Reformen nicht ganz verflüchtigen können. Der Widerspruch zeigt sich heutzutage vor allem in der Dichotomie zwischen „Demokratie chinesischer Einfärbung“ (*tesede minzhu* [46]) einerseits und (->) „Neoautoritarismus“ (*xin quanweizhuyi* [47]) andererseits.

• Chancen zur Demokratisierung (in drei Phasen)

Taiwan, das kleiner, fortgeschrittener und wohlhabender als die VR China ist, hat seit den 80er Jahren – vielen westlichen Prognosen zuwider – bewiesen, dass eine chinesische Gesellschaft sehr wohl fähig ist, autoritäre Herrschaftsformen abzustreifen und authentische Demokratisierungsprozesse zu steuern, indem sie nämlich jenen „demokratischen Dreisprung“ vollzieht, der (a) mit der Bildung von Wohlstandsinseln beginnt, auf denen sich sodann (b) ein neuer Mittelstand entfalten kann, dessen „subversive“ Mitbestimmungsforderungen wiederum so ansteckend wirken, dass am Ende (c) immer weitere Bevölkerungskreise mit in ihren partizipativen Bann gezogen werden.

Allerdings ist die taiwanische Demokratie keineswegs eine glatte Kopie westlicher Vorbilder, sondern zeigt ein (->) „konsultatives“ Profil, wie es für die politische Kultur Chinas in nahezu sämtlichen Belangen kennzeichnend ist. Probleme werden also nicht übers Knie gebrochen, sondern permanent besprochen und abgeglichen (dazu unten „Besonderheiten“).

Die VRCh dürfte dem Beispiel Taiwans mit längerem zeitlichen Abstand folgen. Allerdings könnte es hierbei zu regionalen Segmentierungen kommen: Die höchste Chance zur Demokratisierung haben die Einwohner in den küstennahen Regionen, da dort der Wohlstand am fortgeschrittensten ist, während das Hinterland noch auf lange Zeit -> neoautoritären Herrschaftsformen ausgesetzt sein dürfte.

Es bleibt eine der schwierigsten Aufgaben des politischen Entwicklungsprozesses in der VRCh, hier Klammern zwischen die fortgeschrittenen und die „rückständigen“ Gebiete einzuziehen.

• Besonderheiten

Eine Demokratie „chinesischer Färbung“, wie sie sich in Taiwan herausentwickelt hat und wie sie auch in den „fortgeschrittenen“ Teilen der VRCh Chancen haben dürfte, muss gegen drei andere Varianten von Demokratie abgegrenzt werden, nämlich von der westlichen Durchschnittsdemokratie, vom (gegenwärtig in der VRCh praktizierten) „demokratischen Zentralismus“ und vom „Neoautoritarismus“.

▷ Vom westlichen Durchschnittstyp unterscheidet sich die Demokratie „chinesischer Färbung“ vor allem durch drei Besonderheiten:

- Der Trägerschaft nach stehen weniger Individuen als vielmehr Gruppen und Netzwerke im Mittelpunkt.
- Der Methode nach vollzieht sich der Willensbildungsprozess nicht offen konflikthaft, sondern (->) korpo-

²⁷Siehe auch 2.3.2.1 in: C.a., 1999/9, S.929f.

²⁸Zhongyong, XX.12.

ratistisch und (->) konsultativ, d.h. im Wege ständiger Gespräche (*kaihui* [48]) und permanenten „Abgleichens“ (*xietiao* [49]): Miteinander, nicht gegeneinander heißt die Devise!

- Dem Resultat nach genügen nicht 51% der Voten, sondern nur ein breit angelegter Konsens.

Man könnte noch eine vierte Besonderheit hinzufügen:

- Dem Wirkungsfeld nach findet Demokratie nämlich, weit verbreiteter Auffassung zufolge, weniger bei Wahlen und in der Politik als vielmehr im Alltag statt, nämlich auf dem Marktplatz, in der Nachbarschaft und im Netzwerk, wo permanent Entscheidungen zu fällen und aufeinander abzustimmen sind.

▷ Unterschiede zum „demokratischen Zentralismus“ (*minzhu jizhong zhi* [50])

Die Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“ gehen auf Lenin zurück und laufen im Wesentlichen auf vier Prinzipien hinaus: Unterordnung des einzelnen Parteimitglieds unter die Parteiorganisation, der Minderheit unter die Mehrheit, der unteren Chargen unter die höheren Organisationen und der KP-Gesamtheit unter das ZK.²⁹

Trotz seiner außerchinesischen Herkunft gehorcht der „demokratische Zentralismus“ jedoch einer urchinesischen Dialektik, die folgendermaßen argumentiert:

Zu wenig Zentralismus = Anarchie, zu viel Zentralismus = Diktatur, zu wenig Demokratie = Diktatur, zu viel Demokratie = Anarchie.

Der Mittelweg zwischen all diesem Zu viel und Zu wenig ist die Mitte: der „demokratische Zentralismus“ eben! „Demokratie“ wird also dialektisch interpretiert: als die Einheit von Gegensätzen nämlich, bei der es stets eine Mitte zu finden gilt.

Da das Zu viel und das Zu wenig aber keine festen Größen, sondern in sich dehnbare Bestandteile sind, kann hier schnell die Gefahr einseitiger Übertreibungen in die eine oder andere Richtung aufkommen: Das spätmaoistische Zeitalter hat hierfür reichlich Anschauungsmaterial geliefert!

Ohne die korrigierende Kraft einer breiten, partizipationsfähigen Basis bleibt „Demokratie“ also auch in China letztlich wirkungslos.

Den so genannten „Acht Demokratischen Parteien“, die heutzutage außerhalb der KPCh geduldet werden und denen im Wesentlichen Intellektuelle, Vertreter religiöser Gruppen und Repräsentanten der „demokratischen Guomindang“ angehören, kommt keine Gestaltungs-, sondern lediglich eine Transmissionierungsrolle zu, d.h. sie sind Übermittler für KPCh-Bekundungen an die Basis, also hinunter zu den Mitgliedern der betreffenden „Parteien“ – und keineswegs umgekehrt! Nach westlichen Begriffen tragen sie die Bezeichnung „Partei“ zu Unrecht!

Sowohl Massenorganisationen (z.B. Gewerkschaften) als auch „demokratische Parteien“ haben allenfalls die Möglichkeit, im Falle rechtswidrigen behördlichen Verhaltens vom allgemeinen Petitionsrecht Gebrauch zu machen.

Stets sollen sie sich korporatistisch verhalten, d.h. *nicht gegen* Staat und Gesellschaft arbeiten, sondern *mit* ihnen tätig werden.

Der „demokratische Zentralismus“ in der VRCh dürfte erst in *dem* Ausmaß an Wirkungsmöglichkeiten verlieren, als sich ein neuer Mittelstand und ein Verlangen nach Partizipation herauskristallisieren, wie sie für die beiden letzten Phasen des oben erwähnten „demokratischen Dreisprungs“ kennzeichnend sind.

▷ Über die Unterschiede zum (->) Neoautoritarismus vgl. dort.

• Demokratisierungsansätze in der Volksrepublik

Als Wegmarken auf dem langen Marsch zur Demokratisierung der Gesellschaft wurden erstmals 1980 sieben Maßnahmen zur Diskussion gestellt, nämlich (1) die Stärkung der Volkskongresse durch Direktwahl und erweiterte Befugnisse, (2) striktere Trennung von Partei- und Verwaltungsorganen, (3) Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen durch Verlagerung von Gestaltungsrechten auf die betrieblichen und lokalen Ebenen, (4) Ausweitung der Betriebsautonomie, (5) Reform des Kadersystems (Wahl, Absetzung, Überprüfung und Pensionierung der Funktionäre), (6) „Institutionalisierung der Konsultation und des Dialogs in der Gesellschaft“ sowie (7) schneller Ausbau des Rechtssystems.³⁰

Siehe auch: -> *Analogismus*, -> *Bürgertum*, -> *Bürokratie*, -> *Gemeinwohl*, -> *Gewaltenteilung*, -> *Konflikt und Konsens*, -> *Konsultation*, -> *Korporatismus*, -> *Opposition*, -> *Pluralismus*, -> *Zivilgesellschaft*

DUALISMUS ZWISCHEN STAAT UND GESELLSCHAFT
siehe dazu: Identitätslehre

²⁹ Artikel 10 des Parteistatuts der KPCh vom 6.12.1982.

³⁰ RMRB, 25.11.80.

Glossar der chinesischen
Zeichen Teil 5 (I)

- [1] 特色
[2] 会堂
[3] 帮会
[4] 三和会
[5] 白莲会
[6] 邪教
[7] 独立和主权
[8] 霸权主义
[9] 超级大国
[10] 一边倒
[11] 多极化
[12] 全球化
[13] 极
[14] 相互依存性
[15] 对话
[16] 经常性的交流
[17] 更广泛的地区和全球性的讨论
[18] 趋势
[19] 伙伴的
[20] 论坛
[21] 相互了解
[22] 相互性
[23] 战略协作
[24] 公民
[25] 官吏
[26] 官职
[27] 官僚主义
[28] 官
[29] 修其身
[30] 翻身
[31] 文牍主义
[32] 权力过分集中
[33] 家长制作风
[34] 民主化
[35] 法律化
[36] 人权
[37] 法权
[38] 遵守法律
[39] 单位
[40] 贵
[41] 轻
[42] 父母
[43] 百姓
[44] 子
[45] 天高帝远

- [46] 特色的民主
[47] 新权威主义
[48] 开会
[49] 协调
[50] 民主集中制

Nachtrag:

Glossar der chinesischen Zeichen
der Teile 4 (I) bis 4 (IV)

- | | | | |
|------|------------|-------|----------------------|
| [1] | 稳定 | [55] | 内部 |
| [2] | 秩序 | [56] | 外部 |
| [3] | 动乱 | [57] | 蹲点 |
| [4] | 礼 | [58] | 四个同一 |
| [5] | 天道 | [59] | 文言文 |
| [6] | 仁 | [59a] | 参考资料, 参考消息 |
| [7] | 克己复礼为仁 | [60] | 精神污染 |
| [8] | 情 | [61] | 工作会议 |
| [9] | 欲 | [62] | 专业部门会议 |
| [10] | 社会的人格 | [63] | 座谈会议 |
| [11] | 天下平 | [64] | 碰头会议 |
| [12] | 治国 | [65] | 转达会议 |
| [13] | 富教 | [66] | 交流会议 |
| [14] | 富强 | [67] | 政策 |
| [15] | 足食, 足兵, 民信 | [68] | 对策 |
| [16] | 民无信不立 | [69] | 开会 |
| [17] | 道 | [70] | 你怎么样对待我,
我也怎么样对待你 |
| [18] | 大同 | [71] | 干部 |
| [19] | 稳定 | [72] | 秘书司 |
| [20] | 社会主义精神文明 | [73] | 办公室 |
| [21] | 理想 | [74] | 九卿科道会议 |
| [22] | 道德 | [75] | 通政司 |
| [23] | 文化 | [76] | 大理司 |
| [24] | 纪律 | [77] | 协调 |
| [25] | 公德 | [78] | 商量 |
| [26] | 全盘西化 | [79] | 同一 und 统一 |
| [27] | 精神污染 | [80] | 决议 |
| [28] | 听话 | [81] | 决 |
| [29] | 修其身 | [82] | 议 |
| [30] | 法家 | [83] | 议和 |
| [31] | 古(故) | [84] | 议会 |
| [32] | 成书 | [85] | 议价 |
| [33] | 国家 | [86] | 暂行 |
| [34] | 克己复礼 | [87] | 试点 |
| [35] | 君子 | [88] | 样板 |
| [36] | 小人 | [89] | 重点 |
| [37] | 法 | [90] | 面 |
| [38] | 道 | [91] | 定期报告 |
| [39] | 儒家 | [92] | 不定期 |
| [40] | 法家 | [93] | 调查报告 |
| [41] | 使无讼 | [94] | 会 |
| [42] | 天命 | [95] | 座谈会议 |
| [43] | 井地 | [96] | 经验交流会议 |
| [44] | 井田 | [97] | 限于一定范围的人 |
| [45] | 井 | [98] | 本章 |
| [46] | 亩 | [99] | 请安摺 |
| [47] | 公田 | [100] | 公开性 |
| [48] | 中国 | [101] | 政策 |
| [49] | 天子 | [102] | 对策 |
| [50] | 诸侯 | [103] | 不通 - 不动 - 不管 |
| [51] | 同一的多民族国家 | [104] | 监督 |
| [52] | 天下 | [105] | 检查 |
| [53] | 天命 | [106] | 觉悟 |
| [54] | 正名 | [107] | 监督 |
| | | [108] | 检查 |
| | | [109] | 共产党员的修养 |
| | | [110] | 修养 |
| | | [111] | 北辰 |

- [112] 公安部
- [113] 公安厅
- [114] 公安局
- [115] 国家安全部
- [116] 检查部
- [117] 特务
- [118] 检查机关
- [119] 党的纪律检查机关
- [120] 调查部
- [121] 政法委员会
- [122] 三支
- [123] 都察院
- [124] 吏部
- [125] 便便言
- [126] 谏
- [127] 院
- [128] 道
- [129] 人权
- [130] 法权
- [131] 乡级
- [132] 家庭联产承包责任制
- [133] 包干
- [134] 保证
- [135] 包办
- [136] 包饭
- [137] 包工
- [138] 保证书
- [139] 保证人
- [140] 我向你保证
- [141] 讨价还价
- [142] 中国人民政治协商会议
- [143] 协
- [144] 协调
- [145] 协商热
- [146] 文山回海
- [147] 政协
- [148] 商
- [149] 经商
- [150] 商人
- [151] 奸商
- [152] 商定
- [153] 商量
- [154] 商洽
- [155] 商榷
- [156] 商谈
- [157] 商讨
- [158] 商议
- [159] 商酌
- [160] 协(協)
- [161] 协商
- [162] 协调
- [163] 协同
- [164] 协议
- [165] 协作
- [166] 绅士
- [167] 乡约
- [168] 地主阶级
- [169] 华人
- [170] 国营经济
- [171] 国有
- [172] 省
- [173] 三省
- [174] 尚书省
- [175] 门下省
- [176] 中书省
- [177] 六部
- [178] 吏部
- [179] 户部
- [180] 礼部
- [181] 兵部
- [182] 刑部
- [183] 工部
- [184] 道
- [185] 省
- [186] 府
- [187] 县
- [188] 衙门
- [189] 国务院
- [190] 乡
- [191] 天命
- [192] 或劳心，或劳力。劳心者，治人，
劳力者，治于人
- [193] 上层分子
- [194] 变色龙
- [195] 小道消息
- [196] 隐居
- [197] 君子群而不党
- [198] 君子周而不比，小人比而不周
- [199] 天下为公
- [200] 三不
- [201] 行政诉讼法
- [202] 便民的原则
- [203] 行政复议法
- [204] 复议
- [205] 红头文件
- [206] 权力过分集中
- [207] 法律化
- [208] 遵守法律
- [209] 三民主义
- [210] 民权主义
- [211] 院
- [212] 王国
- [213] 县
- [214] 刑名
- [215] 术
- [216] 申子
- [217] 令
- [218] 大同书
- [219] 里
- [220] 引，丈，尺
- [221] 寸
- [222] 同一的多民族国家
- [223] 内部
- [224] 影射
- [225] 古为今用
- [226] 批孔批林
- [227] 三十六计
- [228] 你办事我放心

[229] 中央组织部
 [230] 人事部
 [231] 吏部
 [232] 人事档案
 [233] 运动
 [234] 大寨
 [235] 觉悟
 [236] 作风
 [237] 挖出来
 [238] 足食，足兵，民信
 [239] 国家政权的主要成份
 [240] 战争万能论
 [241] 治国
 [242] 侵
 [243] 伐
 [244] 入，救(jiu)
 [245] 正名
 [246] 褒贬
 [247] 非正义的，正义的
 [248] 中心
 [249] 好铁不打钉，好男不当兵
 [250] 武
 [251] 君子
 [252] 器
 [253] 战士，兵
 [254] 和平与发展
 [255] 纪效新书
 [256] 集团军
 [257] 儒家
 [258] 法家
 [259] 法
 [260] 礼
 [261] 克己复礼
 [262] 刑
 [263] 免
 [264] 无耻
 [265] 德
 [266] 听讼
 [267] 必使无讼
 [268] 六法
 [269] 最近毛主席的指示
 [270] 法盲
 [271] 劳教
 [272] 政策
 [273] 觉悟
 [274] 诚实信用
 [275] 信
 [276] 好学
 [277] 知能
 [278] 往
 [279] 尽心
 [280] 政者正也
 [281] 有教无类
 [282] 北辰
 [283] 行
 [284] 科举
 [285] 四旧
 [286] 四旧
 [287] 下乡上山

[288] 反潮流
 [289] 重点学校
 [290] 普通
 [291] 小宝石塔
 [292] 民办学校
 [293] 公办学校
 [294] 修己
 [295] 修养
 [296] 守则
 [297] 德育
 [298] 职业技术教育
 [299] 初中
 [300] 高中
 [301] 填鸭
 [302] 啃骨
 [303] 斗私
 [304] 督察
 [305] 腐败